

Erhebt sich allmählich... „Der Weltspiegel“, „Haus Hof Garten“ mit „Jede Woche Musik“...



Anzeigen- und Abonnements-Annahme in Berlin: Hauptpostamt SW 19, Postfach 10-15...

Berliner Tageblatt

Nr. 324 Ausgabe für Berlin

und Handels-Zeitung

56. Jahrgang Sonnabend, 5. November 1927

Botschafter Dr. v. Brittwik und Gaffron.

Gegen Boykott und Achtung.

Das Agreement erteilt.

Washington, 4. November. (B. T. N.) Das Staatsdepartement hat der deutschen Botschaft mitgeteilt, dass Präsident Coolidge das Agreement für die Erneuerung des Botschaftsraisses v. Brittwik zum Botschafter in Washington erteilt habe.

Nachdem zwei Kandidaturen, die für sehr geeignet gelten konnten — die des ausgezeichneten Generalkonsuls v. Levin in New-York und die des Botschafters Dr. Solf in Tokio — ausgeschieden waren und die absehbare Antwort Dr. Reichsols, dem der Reichsaussenminister zuerst den Vorschlag angeboten hatte und dessen Ernennung von den deutschen Nationalen Ministern bekämpft wurde, in Berlin vorlag, erging der Ruf zunächst an den Botschafter in Madrid, den Grafen Weizsäcker. Wir haben hier schon gesagt, daß dieser sehr verdiente Diplomat glaube, auf seinen gegenwärtigen Posten bleiben zu müssen, und in der Tat ist er, der auch einer der wenigen spanisch sprechenden deutschen Diplomaten ist — auch seine Gattin beherrscht vollendet die spanische Sprache —, in Madrid heute kaum erlebbar. Dr. Stresemann, mit Recht bedrückt, eine Verjüngung des diplomatischen Personalbestandes herbeizuführen, drehte darauf den Botschaftersitz in Rom, Dr. v. Brittwik und Gaffron, zu sich, der allgemein als einer der befähigtesten und aktivsten unter den jüngeren deutschen Diplomaten gilt, und dessen römische Verichte den Reichsaussenminister wohl besonders aufgefallen waren. Dr. v. Brittwik, der, wie hier schon gesagt wurde, mit seiner Gattin auf einer Reise in Lugano weilte, wurde aufgefordert, nach Berlin zu kommen, und fuhr dann nach Dresden, wo Stresemann sich in diesen Tagen aufhielt. Er feierte mit dem Reichsaussenminister zusammen nach Berlin zurück und unterwegs, und daran anschließend im auswärtigen Amt, fanden die entscheidenden Unterredungen statt, die Stresemann in der Ansicht bestärkten, daß Dr. v. Brittwik, der zuerst für den Gesandtenposten in Venedig — einen der sieben oder acht diplomatischen Posten, auf denen ein Wechsel stattfinden soll — in Aussicht genommen war, durchaus die für einen Botschafter in Washington notwendigen Eigenschaften und Kenntnisse besitze. Dr. v. Brittwik nahm den Antrag an, und das Agreement der amerikanischen Regierung wurde nachgeprüft und umgehend erteilt.

dann in Berlin in der Reichskanzlei und kam 1921 als Botschaftsrat an die Botschaft in Rom. Nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches war er einer der ersten unter den deutschen Diplomaten und Beamten, die sich offen und mit Freigebigkeit zur Republik bekannnten. Und er war nicht nur einer der ersten, sondern auch einer von denjenigen, von denen man ohne weiteres sagen kann, daß sie einer inneren Ueberzeugung folgten. Zusammen mit anderen Diplomaten der jüngeren Generation gründete er eine Gruppe, die für den Anschluß an den neuen Staat eintrat. Auch seither hat er bei jeder Gelegenheit, beispielsweise bei den Verfassungsfeiern in der römischen Botschaft, sich mit Festigkeit und kluger Beredamtheit für die Erneuerung des Staatsbewußtseins eingesetzt und bei denjenigen, die nur rückwärts blicken wollten, Verständnis für die neue Zeit und den republikanischen Staat zu erwecken versucht. Man hat in Amerika gefagt, ein Diplomat der alten Schule, haltend an alten, überlebten Anschauungen, würde in Washington nicht am Platze sein. Man wird konstatieren können, daß der Botschafter v. Brittwik zu diesen Vertretern einer ungeringeren Geistesrichtung nicht gehört.

Aber es ist selbstverständlich, daß das Bekenntnis zum republikanischen Staat, das wir auch in der Diplomatie allerdings für absolut erforderlich halten, allein nicht genügen würde, und die Wahl Dr. Stresemanns ist auf Dr. v. Brittwik gefallen, weil dieser verhältnismäßig noch junge Diplomat auch sonst die für den Posten in Washington unentbehrlichen Qualitäten besitzt. Wir verzichten darauf, dem neuen Botschafter die üblichen Wortschöpfereien zu spenden, aber es kann doch gesagt werden, daß er scharfes Urteilswertmessen, klaren Verstand, Kenntnis auch der wirtschaftlichen Fragen und Finanzprobleme, Arbeitskraft und lebendige Freude am politischen Schaffen mitbringt und daneben gesellschaftlich sehr gewandt, liebenswürdig und ohne jede Steifheit in seinen Umgangsformen ist. Er spricht, ebenso wie seine gleichfalls weltkundige Gattin, fließend englisch und hat sich von seinem früheren Aufenthalt her manche Beziehungen in den Vereinigten Staaten bewahrt. Er ist sich nicht im klaren darüber, daß er eine schwere Aufgabe übernimmt, daß es nicht leicht ist, als Nachfolger des so erfolgreichen und beliebten Rathen nach Washington zu gehen, aber die Auffassung ist berechtigt, daß Stresemann in dieser ungewöhnlich belakten Befehlungsvergabe eine für die deutschen Interessen günstige Entscheidung getroffen hat. Und wenn etwas dem Botschafter v. Brittwik seine Mission erleichtern, ihm schnell die Wege ebnen und die Sympathien in Amerika gewinnen kann, dann ist es, wie hier schon betont wurde, die spritzige Kritik, mit der das nationalpolitische Berliner Volkblatt diese Ernennung beehrt. Man weiß jenseits des Ozeans, was von dieser Presse, die auch das diplomatische Wirken Ago v. Rathen's nach Möglichkeit zu erschweren sucht — Rathen selber hat seine Meinung über sie nicht verhehlt — zu halten ist, und wer ihr mißfällt, ist, schon dieses Umstandes wegen, in Amerika gern gesehen.

„Ich meine, daß es trotz aller Verschiedenheiten in unserer staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben doch nicht so schwer sein sollte, über das, was uns an Weltanschauung und Interessen trennt, hinaus uns zusammenzufinden in dem Gedanken an das, was uns eint und uns gemeinsam ist: das Vaterland. Achtung vor der Meinung des einzelnen, Achtung vor dem ethischen Zusammenhang, Achtung aber auch vor der großen Vergangenheit und der reichen Tradition unseres Volkes müssen die Grundgesetze sein, auf denen sich diese Einheit aufbaut.“

Ein besonders Nachdruck gerade auf diesen Versöhnungsgedanken legte der Reichspräsident v. Emdenburg in seiner Ansprache vom 2. Oktober an das ihn zum 80. Geburtstag beglückwünschende Reichskabinett, und auch in seiner Landbesuche vom 3. Oktober an das deutsche Volk bezeugt er Achtung und Verständnis für die Anschauungen Anderstehender als die unerlässliche Vorbedingung zur Erreichung der so unbedingt notwendigen nationalen Einigung des deutschen Volkes.

Man darf einmüßig gespannt sein, ob und wie in Zukunft die Rechtsparteien und Rechtsverbände dieser Mahnung Gehorschaft leisten werden. Zu befürchten ist nach allen bisherigen Erfahrungen, daß sie diese, besonders an die gerichteten Worte überhören und fortjahren werden, allen anderen Parteien und Richtungen, statt ihnen Achtung und Verständnis entgegenzubringen, die vaterländische Gesinnung abzupreden. Und im Zusammenhang mit dieser Achtung aller Andersdenkenden dürfte auch das im Reichsflagge beliebte Boykott- und Achtungsüberfahren gegenüber all denen in Kraft bleiben, die, gerrieben von ihrer Ueberzeugung und ihrem nationalen Gewissen, sich von den Rechtsparteien und ihrer Vormundschaft losgesagt haben.

Es ist hohe Zeit, dem von rechts ausgehenden Boykott- und Achtungsgehenden eine Abwehrfront entgegenzustellen, denn schon bedenklich groß geworden ist die Gefahr, daß unter dem Druck brutaler gesellschaftlicher und sogar wirtschaftlicher Verfeinerung ganze Stände und Schichten zu willenlosen Vasallen und Sklaven der Rechtsparteien werden, die ihrerseits wiederum nur die Kampftruppe gewisser Machtgruppen darstellen. Insbesondere die gesamte höhere und mittlere Beamtenhierarchie sowie das Offizierskorps sind nahe daran, willenlos die Forderungen der Rechtsparteien und ihrer Auftraggeber zu werden.

Der brutale Terror der Rechtsparteien konnte nur deshalb zu einer lokalen Macht und Bedeutung anwachsen, weil seit vielen Jahrzehnten ganze Schichten und Stände unseres Volkes in Schule und Haus angezogen waren in der Anschauung und dem geradezu religiös-verbundenen Glauben, daß deutsch-vaterländisches Denken und Handeln unerschütterlich verbunden sei sowohl mit monarchistischer Staatsauffassung, wie mit absoluter Ueberzeugung mit einem rechtspolitischen Parteiprogramm. Ein ehemaliger Offizier, der in Verbindung mit einer Linkspartei trat, wurde ohne weiteres angehen und gebrandmarkt als ein stolzer Ueberläufer und Fahnenflüchtiger. Gesellschaftlicher Vorkämpfer eines aktiven Offiziers in der Familie eines Sozialdemokraten hätte schlechthin die zwangsweise Verabschiedung zur Folge gehabt. Und ebenso war die Zugehörigkeit eines Staatsbeamten zu einer Linkspartei ein Grund zur Entlassung.

Wenn ein Offizierskorps und eine Beamtenschaft, die seit vielen Jahrzehnten in diesen Anschauungen gelebt hatten, trotzdem im November 1918 auch nicht den leisesten Versuch machten, die Monarchie gegen die Revolution der Linksparteien zu verteidigen, so kennzeichnet dies auf den ersten Blick unmissbar die Gleichzeitigkeit mehr als alle anderen Verhältnisse die natürliche und moralische Berechtigung der Staatsumwälzung. Es kann nicht schlechthin festgesetzt werden, wie und wo es auch nicht bei allen, wenn keiner den Versuch machte, für die alten heiligen Ideale einzutreten, es war natürlich ebenso wenig eine plötzliche politische Umstellung, es war einfach der im Augenblick alle theoretischen Grundzüge beherrschende natürliche Instinkt, der alle die bisher so streng monarchischen Kreise und Schichten innerhalb von 24 Stunden zu Republikanern machte. Kein Mensch, auch keine Partei dachte in jenen Tagen an Boykott und Achtung derer, die nicht im monarchischen und konservativen Glauben verbarren. Für alle Zeiten aberwärtig hatte die Monarchie ja selbst nach Ansicht eines konteraktararischen Wlattes wie der „Deutschen Tageszeitung“:

„Es wäre es sehr wahrscheinlich auch geliebt, und nur kleine vereinzelte monarchistische Gruppen hätten sich allmählich gebildet, wenn die Träger und Gestalter der Staatsumwälzung nicht zwei Fehler begangen hätten: sie verführten gar zu schonend und dubitativ mit denen, die nicht willkürlich den neuen Staat anerkannten, und sie ver-

Fachliche Pläne in Oesterreich?

Heimwehren mit italienischen Waffen.

Zeit einiger Zeit veröffentlichten österreichische sozialistische Zeitungen Nachrichten über die ständig wachsende Organisation der sogenannten „Heimwehren“, von deren Abteilungen auch Photographien reproduziert wurden, die ihre Mitglieder mit Gewehren und Maschinengewehren bewaffnet zeigten. Man fragte sich erkund, wie diese Organisation so schnell vorwärtsdrücken konnte, und insbesondere, woher die Waffen für die „Heimwehren“ kamen. Dazu macht jetzt Dr. Gustav Stolper in dem von ihm herausgegebenen „Deutschen Volkswirt“ Mitteilungen, die geeignet sind, schwerste Beweise in Verbindung zu verbreiten. Er zitiert zunächst die folgenden Sätze aus dem „Münchener Neuesten Nachrichten“:

„Italien ist die Möglichkeit einer sozialistisch-bolschewistischen Entwicklung in Oesterreich stets ein Dorn im Auge gewesen. Es hat, wie es scheint, seine Veruche, das sozialistische Element über die Grenzen seines Staates hinauszutragen, durchaus nicht aufgegeben. Daher kann es kaum übersehen, daß es die Vorgänge, die sich gegenwärtig in Oesterreich abspielen, nicht nur mit größter Aufmerksamkeit beobachtet, sondern vor sich aus zur Übung in seinem Sinne drängt. Hierbei stützt es sich auf jene Kreise in Oesterreich, die seit langer Zeit mit dem Nationalismus sympathisieren und sagen, daß die jetzige sozialistische Italiens bei Errichtung einer sozialistischen Diktatur in Wien mit dem endgültigen Verzicht Oesterreichs auf Sied-trol nicht zu teuer erkauft würde.“

Dr. Stolper fügt dem hinzu: „Anderes Wissen sind die Dinge, die da vorbereitet werden, viel ernster, als aus diesen verlockenden Andeutungen auf den ersten Blick zu erwarten ist. Die Veruche, das sozialistische Element über die Grenzen des italienischen Staates hinauszutragen“, be-

stehen darin, daß die sozialistischen Organisationen in Oesterreich mit italienischem Geld finanziert und mit italienischen Waffen ausgerüstet werden. Wenn der Sozialismus von sich aus zur Übung in seinem Sinn drängt, so bedeutet das, daß der Zeitpunkt zum Vorstöße nicht mehr lange hinausgeschoben werden soll. Der sozialistische Aufbruch, der dazu den Anlaß bilden würde, ist unläßlich von Rom her ebenfalls leicht und rasch zu inszenieren wie von Moskau. Schiefer ebenfalls als von Wien, wo die kommunistische Partei an sich nicht mehr ist als eine aufgesetzte, italienische Kaffeehausgesellschaft. Der Draufhänger der Bewegung ist der christlichsozialistische Landeshauptmann Professor Rintelen.“

Über die bisherige politische Rolle des Professors Rintelen, während der Christlichsozialen in der Steiermark, kann, der wird sich einen Augenblick über die sensationell wirkende Nachricht wundern, seine ganze Karriere hat bewiesen, daß ihm Verantwortungsvolles Vorgehen in keiner Weise zu unzutauen ist. Dr. Stolper verweist auf eine Ausrufung Seipels, die noch mehrere Schlüsse zuläßt. Danach hat Seipel bei einem Hochstand des Genusses folgendes gesagt:

„In diesen großen Entscheidungstagen für das Volk ist es unsere Pflicht, Christus, den König, hineinzuführen ins Volk, seine Fahne aufzuführen auch im öffentlichen Leben... Wenn wir die Widerlächer Christi aufmarschieren lassen, mit besser organisierten und bewaffneten Truppen, dann müssen wir alles tun, um die Mängel unserer eigenen Ausrüstung und Organisation zu beheben. Die wahre Liebe zum Volk muß sich gerade darin zeigen, daß wir den Entscheidungskampf im Volk und für das Volk nicht scheuen.“

Es bedarf nicht der Ausführung, daß der Ernst der Situation nicht unterschätzt werden darf. (Siehe auch Seite 3.)